

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mt.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die nebengefaltene Zeile oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 248.

Freitag, den 22. Oktober 1920.

27. Jahrg.

Die Mißwirtschaft der Sachminister.

Die „Sozialistische Korrespondenz“ schreibt:

Die „Germania“ fordert in einem längeren Verteidigungsartikel, daß man das Endergebnis der Untersuchung gegen Minister Dr. Hermes abwarte, ehe man ein abschließendes Urteil fälle. Dieser Anspruch ist an sich gerechtfertigt. Aber wir sind der Meinung, daß die Untersuchung gegen Herrn Hermes nicht wochenlang zu dauern braucht, daß man weder den Justizminister noch den Reichsfinanzminister zu bemühen braucht, daß der Reichstag selbst in höchstens zwei Stunden sich ein endgültiges Urteil zu bilden vermag, wenn er nur weiß, auf welche Dokumente es ankommt, welche Weise er sich vorlegen lassen muß.

Unter den vielen vernichtenden Dokumenten gegen die Hermes-Wirtschaft greifen wir zwei heraus, die jeden Reichstagsabgeordneten überzeugen müssen, daß die Ministersache des Herrn Hermes auch nicht einen Tag länger möglich ist.

Die erste dieser Urkunden wird dargestellt von den Eingaben der Devisenbeschaffungsstelle an den Reichswirtschaftsminister und an den Reichszentraler. Die Devisenbeschaffungsstelle ist vor etwa einem Jahre vom Minister Schmidt ins Leben gerufen worden, um die Beschaffung und Verteilung der Zahlungsmittel für die Einfuhr, die Deutschland vom Ausland braucht, zu vereinheitlichen. Leiter der Devisenbeschaffungsstelle ist Direktor Pritschow im Reichswirtschaftsministerium; es gehören ihr ferner an namentlich berufene Vertreter des Reichsfinanzministeriums, des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhr, der Getreideeinkaufsgesellschaft, der Reichsbank und der deutschen Großbanken, insbesondere der Firma Mendelssohn. Der „Vorwärts“ hat bereits vor einigen Tagen berichtet, daß diese Devisenbeschaffungsstelle von Herrn Hermes planmäßig umgangen und ausgeschaltet worden ist. In der Tat sind, wie wir festgestellt haben, die vom „Vorwärts“ verzeichneten Gerüchte in vollem Umfange zutreffend. Seit Herr Hermes Ernährungsminister geworden ist, sind die Vertreter des Reichsernährungsministeriums nicht mehr in die Devisenbeschaffungsstelle und ihre Sitzungen gekommen. Alle Vorstellungen dieser Stelle, daß sie im voraus über Einkäufe und Zahlungsverpflichtungen Bescheid wissen müsse, blieben unbeachtet. Die Devisenbeschaffungsstelle hat sich schließlich beschwerdeführend an den Reichswirtschaftsminister gewandt, und als auch das erfolglos blieb, eine von ihren sämtlichen Mitgliedern unterzeichnete Eingabe an den Reichszentraler und das Kabinett gerichtet, in dem die drei Reichsministerien, die Reichsbank, die Großbanken und die Ein- und Ausfuhrstellen erklären, für den Stand der Valuta die Verantwortung nicht mehr tragen zu können, wenn die Hermes-Politik nicht aufhöre. Wie uns weiter zuverlässig mitgeteilt wird, soll Direktor Pritschow seinen Rücktritt angeboten haben, wenn wirklich keine Macht der Welt Herrn Hermes bewegen könne, seine Einkäufe planmäßig und nach vorheriger Verständigung mit den für die Geldbeschaffung verantwortlichen Stellen durchzuführen. Auf Herrn Hermes hat das alles keinen Eindruck gemacht. Er hat weiter nach Laune bald gegen bar, bald auf Kredit, bald durch das Reich, bald durch irgendwelche Stellen in Oberschlesien oder im Ruhrrevier eingekauft. Der Reichstag lasse sich die Proteste der Devisenbeschaffungsstelle im Wortlaut vorlegen! Nach den uns gewordenen Mitteilungen müssen sie allein vernichtend für Hermes sein.

Das zweite Dokument ist das Protokoll der Ausschuss-Sitzung des Reichsausschusses für pflanzliche und tierische Oele und Getreide vom 6. September 1920. In dieser Sitzung teilte der gesamte Vorstand, die zwölf Profuratoren und die zwanzig leitenden Angestellten des Reichsausschusses mit, daß sie wegen der unverantwortlichen Verschwendung Hundertert von Millionen durch Herrn Hermes ihr Amt niederlegen. Nicht nur von ihnen, sondern auch von den Vertretern des Reichswirtschafts- und Reichsfinanzministeriums wurde die schärfste Kritik geübt. So sagte ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums, es sei ein unerträglich Zustand, daß man die Zwangswirtschaft zunächst zerschlage und dann erst überlege, was an ihre Stelle treten soll. Von den Vertretern aller vier Ministerien (Ernährungs-, Wirtschafts-, Finanz- und Schatzministerium) wurde verlangt, das der Reichsausschuh noch einmal laufe. Darauf mußte mitgeteilt werden, daß das Einkaufspersonal auf besondere Veranlassung des Herrn Hermes gekündigt sei.

Dieses Protokoll und die Eingaben der Devisenzentrale beweisen, daß Herr Hermes eine geradezu beispiellose Desorganisation herbeigeführt hat. Mag er im einzelnen richtig oder falsch entschieden, anständig oder unanständig gehandelt haben — ein Mann, der ein solches Durcheinander erzeugt, kann unmöglich länger verantwortlicher Leiter der deutschen Volksernährung sein. Das Zentrum sollte sich möglichst rasch der Einsicht öffnen, daß Hermes fort muß.

Bei dieser Gelegenheit ist es am Platze, auch noch ein weiteres Beispiel zu geben, das zeigt, wie heillos in der sozialistischen Regierung gewirtschaftet wird. Auf eine Anfrage der demokratischen Abgeordneten teilt der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Hirsch folgende hochinteressante Tatsachen aus den Dienststellen des Reichskommissars für die Ein- und Ausfuhr mit:

Die Ermittlungen über die in der Presse erörterten Fälschungen von Ein- und Ausfuhrbewilligungen haben bis jetzt zu folgendem Ergebnis geführt:

I. Der Außenhandelsniederlassung Chemie in Hamburg war bekannt geworden, daß der Firma Paul Hoff am 10. Juni 1920 an der Börse von einem Makler Nubach eine Ausfuhrbewilligung über 10 000 Kilogramm Faulbaumrinde zum Preise von 9000 Mark angeboten worden sei. Die Bewilligung trug einen Stempel, der sich seit dem 15. März dieses Jahres nicht mehr im Gebrauch befindet.

Nachforschungen haben ergeben, daß mit diesem Stempel noch zahlreiche weitere Fälschungen verübt worden sind. Die Schwindler haben sich durch in den Besitz großer Summen gebracht. Ein Teil der Waren ist auf diese Ausfuhrbewilligungen hin bereits verladen worden.

Die beschlagnahmten Bewilligungen sind der Kriminalpolizei übergeben worden. Weitere Ermittlungen sind noch im Gange.

II. Ausfuhrbewilligungen für Holz im Naktorenwerte von 35 Millionen Mark, welches von Königsberg nach England gehen sollte, und die Ausfuhrbewilligung über 500 Tonnen Benzin im Werte von etwa 12½ Millionen Mark für das städtische Kohlenamt in Elberfeld stellen sich als plumpe Fälschungen mit einem nachgemachten Stempel heraus. Zwei der an den Fälschungen beteiligten Personen sind festgenommen, ein dritter ist flüchtig. Ermittlungen sind eingeleitet. Die Ausfuhr des Holzes ist verhindert, das Benzin beschlagnahmt worden.

III. In Karlsruhe sind ebenfalls zahlreiche Fälschungen vorgekommen. Ein Angestellter des Delegierten des Reichskommissars für die Ein- und Ausfuhr in Karlsruhe hat Blankformulare mit dem erforderlichen Stempel versehen. Der betreffende Beamte ist verhaftet. Er hat bisher abgegeben, in etwa 10 Fällen Mißbrauch mit dem Stempel getrieben zu haben. Er hat für jedes gefälschte Exemplar 2000 Mark erhalten. Er sind Vorkehrungsmaßnahmen getroffen worden, um weitere gefälschte Ausfuhrbewilligungen anzuhalten.

IV. Bei den in Köln vorgekommenen Fälschungen sind ebenfalls eine Reihe von Blankformularen mit dem Stempel versehen worden. In welchem Umfange Fälschungen vorgekommen sind und von den gefälschten Bewilligungen Gebrauch gemacht worden ist, ist noch Gegenstand eingehender Erhebungen.

Eine Säuberung der Augiasställe tut nach obigem dringend not. Und dann darf das Wichtigste nicht vergessen werden: die Großkapitalisten ausfindig zu machen, die den Kampf gegen die Zwangswirtschaft nebenbei zur eigenen Bereicherung ausnützen. Diese Sorte Edelwild muß gestellt werden.

Aus der Sitzung des Reichsrats.

Wahlordnung für die Präsidentenwahl. — Der Staatsgerichtshof.

Der Reichsrat erledigte am Donnerstag in seiner öffentlichen Sitzung den Entwurf einer Verordnung über die Wahl des Reichspräsidenten. Die Verordnung lehnt sich an die Vorschriften der Reichstags-Wahlordnung an, berücksichtigt aber die bei den letzten Reichstagswahlen gemachten Erfahrungen.

Angenommen wurde der wichtige Gesetzentwurf über den Staatsgerichtshof. Die früher im Ausschuh der Nationalversammlung nicht zur Erledigung gekommene Vorlage nahm eine dreifache Kompetenz des Staatsgerichtshofes in Aussicht. Er sollten sein: 1. entscheidender Gerichtshof für Verfassungs- und Verwaltungstreitigkeiten, die auf Grund der Verfassungsurkunden entstehen; 2. ein Gerichtshof zur Entscheidung über Ministeranfragen und über Anlagen gegen den Reichspräsidenten und Reichszentraler; 3. sollte er außerordentlicher Gerichtshof sein über die am Kriege Schuldigen.

Der neue Entwurf enthält nur die ersten beiden Kompetenzen. Der Staatsgerichtshof soll beim Reichsgericht eingerichtet werden. Sein Präsident ist in der Regel der Reichsgerichtspräsident selbst. Die Befugnis ist nach der Kompetenz verschieden. Für Entscheidungen über Verfassungs- und Verwaltungstreitigkeiten ist der Gerichtshof mit 7 Richtern einschließlich des Präsidenten besetzt, für die Entscheidung in Ministeranfragen und bei Anlagen gegen den Reichspräsidenten und Reichszentraler mit 15 Richtern, wovon 5 die Präsidenten der höchsten Gerichtshöfe Deutschlands sind, 5 weitere wählt der Reichsrat und 5 der Reichstag. Die hier gewählten Richter dürfen keiner dieser Körperschaften angehören. Das Verfahren in Verfassungs- und Verwaltungstreitigkeiten ist grundsätzlich nicht öffentlich, dagegen für die Entscheidungen in Ministeranfragen öffentlich. Das Urteil kann entweder auf Freispruch oder auf Schuldig lauten oder auf Feststellung der Tatsache, daß die Schuld nicht erwiesen sei. Das ist der obligatorische Teil des Urteilstenors. Außerdem kann aber der Staatsgerichtshof den Beurteilten seines Amtes für verlustig erklären, und wenn er will ihn auch auf Zeit oder auf die Dauer für unfähig erklären, andere öffentliche Ämter zu bekleiden oder in öffentlichen Körperschaften gewählt zu werden. Ein Rechtsmittel gegen den Spruch gibt es nicht, auch keine Wiederaufnahme des Verfahrens.

Die Ausschüsse des Reichsrats haben noch einige Änderungen vorgenommen. Bei der Eigenschaft des Staatsgerichtshofes als Gerichtshof in Verfassungstreitigkeiten war vorgesehen, daß keine mündliche Verhandlung stattfinden sollte. Die Ausschüsse schlagen vor, daß fakultativ die Möglichkeit gegeben wird, wenn es in besonderen Fällen für notwendig erachtet wird, auch mündliche Verhandlungen einzuführen, die aber dann öffentlich sein sollen. Umgekehrt schlagen die Ausschüsse vor, daß die Öffentlichkeit in der Verhandlung bei Ministeranfragen ausgeschlossen werden kann,

wenn eine Gefährdung der Staatssicherheit zu befürchten ist. Das Plenum des Reichsrats schloß sich den Beschlüssen seiner Ausschüsse an.

Frankreichs Wirtschaftslage.

Deutschland muß zahlen.

Finanzminister Marsal hielt anlässlich der Eröffnung der Zeichnung einer neuen Anleihe in Straßburg eine Rede, in der er u. a. sagte, man könne sicher sein, daß die französische Regierung niemals von der Schuld, die sie in Händen habe und die die größten Mächte der Welt feierlich verbürgt hätten, etwas nachlassen werde. Deutschland werde zahlen, weil es zahlen könne, wie immer auch seine inneren Budgetsünden und der Stand der Mark sei. (1) Durch eine Finanzkrise, so grech sie auch sei, könne die produktive Kraft eines Landes nicht vernichtet werden. Deutschland werde immer über beträchtliche Bodenschätze und über Reichtümer, die der Krieg nicht zerstört habe, verfügen. Es habe besonders feine Kohlen, Holz und Kaff. Seine Arbeitskräfte seien weniger mitgenommen als die französischen.

Ueber die Fortschritte des Wiederaufbaues ließ sich Marsal folgendermaßen aus: 77 Prozent der industriellen Werke werden ganz oder teilweise wieder betrieben werden, mit 42 Prozent der früheren Belegschaft. Von 1 757 000 Hektaren wiederherzustellenden Ackerlandes seien bereits 1 521 000 Hektar wieder niweliert. 66 Prozent seien in Bearbeitung genommen, 50 Prozent besät. Die befreiten Gebiete hätten 10 Millionen Zentner Getreide erzeugt, ein Sechstel der Gesamtproduktion Frankreichs. In 5 a fer hätten die zerstört gewesenen Gebiete ein Viertel der französischen Gesamtproduktion hervorgebracht. Von 3000 Km. zerstörter Eisenbahnlinie der Ost- und Nordbahnen seien nur noch 9 Km. wiederherzustellen. Marsal schilderte weiter die Bemühungen Frankreichs um den Wiederaufbau in den übrigen nicht unmittelbar von dem Kriege betroffenen Gebietsteilen, wo überall neue Industrien entstanden. Frankreichs Außenhandel werde künftig den ihm gebührenden Platz wieder einnehmen. Das Defizit der Handelsbilanz, das für die ersten acht Monate des Jahres 1919 noch 16 Milliarden Frank betragen hat, belaufe sich im gleichen Zeitraum dieses Jahres nur noch auf 10 Milliarden Frank. Der Ueberschuß der Lebensmitteleinfuhr betrage in diesem Zeitraum, dem Werte nach, nur noch 12 Prozent, dem Gewichte nach nur noch 50 Prozent der vorjährigen Ausfuhr und sei auf 148 Prozent des Wertes und 395 Prozent des Gewichtes gestiegen. Die Gesamtförderung an mineralischen Brennstoffen werde 1920 24 Millionen Tonnen betragen. Die Bergwerke in den befreiten Gebieten, die vor dem Kriege die Hälfte ihrer Gesamtförderung von Frankreich geliefert hätten und von denen man keine Förderung vor Ablauf mehrerer Jahre erwartete, hätten bereits über zwei Millionen Tonnen geliefert.

Sichtlich der Finanzen erklärte Marsal, daß das Schatzamt die Entnahme von Vorschüssen bei der Bank von Frankreich ganz eingestellt habe und die Rückzahlung der Kriegsschulden in Angriff nehme. Der Minister besprach die in Aussicht genommenen Maßnahmen zur Neuordnung der Finanzen und zur Verminderung der Ausgaben in erster Linie durch Aufhebung der nicht unbedingt erforderlichen Dienststellen. Die Verbesserung in den übrigen Dienstzweigen in Frankreich werde künftig jährlich 20 Milliarden Franks an Steuern aufbringen.

Der Kampf um Oberschlesien.

Deutschland ringt mit Polen und der Entente um Oberschlesien und sein bedeutendes Kohlenbecken. Der Verlust dieses Landesteiles würde für unsere Wirtschaft von wirklich katastrophalen Folgen sein. Reichsregierung, preussische Regierung und die Parlamentsfraktionen ohne Unterschied der Partei sind gewillt, jeden Weg zu gehen, und jedes zweckmäßige Mittel anzuwenden, um Oberschlesien für die deutsche Republik zu retten. Diesem Ziel gelten die Beratungen des Auswärtigen Ausschusses, die am Donnerstag begonnen haben. Von dem Willen, dieses Ziel zu erreichen, sind alle Beteiligten erfüllt. Ueber den besten Weg zum Ziel muß natürlich beraten, alle Vorschläge müssen gewissenhaft geprüft werden. Daß der Auswärtige Ausschuh in einer solchen Situation keine Aussprache nicht vor den Ohren der Welt halten kann, sondern für strenge Vertraulichkeit sorgen muß, bis so oder so eine Entscheidung gefallen ist, wird jeder Politiker, der auch nur einen Funken von Verständnis für die Schwierigkeiten der Lage und für die ungeheure Verantwortung hat, die an der ober-schlesischen Frage haftet, ohne weiteres begreifen.

Die Berliner Illustrierte (und ihre Nachdrucker im Reich), deren Geschäft auf Sensation anamwiesen ist, hat wieder einmal gezeigt, daß ihr politisches Verständnis und der Sinn zur Verantwortlichkeit fehlen. Die „Vossische Zeitung“ bringt am Donnerstag abend, obwohl ihr der Grund für den Ausschuh der Öffentlichkeit bekannt ist, einen alarmierenden Bericht über die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, dessen Inhalt für die politische Agitation von unschätzbarem Werte wäre, wenn er wirklich auf Tatsachen und nicht in wesentlichen Stellen auf Vermutungen beruhte, die ein mit auf entwickeltem Hornorgan ausgestatteter Illustrierte-Journalist aus Aufgeschnapptem sich zusammengestellt hat. Wenn man nicht wüßte, daß nur die Sucht, unter allen Umständen die Konkurrenz zu schlagen, zur Veröffentlichung des Berichts geführt hat, könnte man meinen, sein Zweck sei, die Preußenbege noch anzufachen, die doch wahrlich, wie auch der „Vossischen Zeitung“ bekannt sein wird, nicht nur in Oberschlesien, sondern auch in anderen deutschen Landes-teilen: s. aenus ist.

Die oberste Frage ist nicht nur von provinzieller und nicht nur von preussischer, sondern von großdeutscher Bedeutung. Sie weist schwierige inner- und außerpolitische Probleme auf, und es ist unerhört, daß die Geschäftsprelle aus dieser deutschen Schicksalsfrage ein Sensationsobjekt macht und damit gro...

Krieg und Frieden im Osten.

Die „Times“ melden aus Warschau, daß der Waffenstillstand zwischen Polen und Rußland am Dienstag nacht in Kraft getreten ist. Als Waffenstillstandslinie gilt die Frontlinie, die die polnischen Truppen in dieser Nacht besetzt hatten. Im Norden entspricht sie der Grenze, die in Riga festgelegt wurde, im Süden rücken die Polen über diese Linie hinaus vor.

Eine Konstantinopeler Meldung der „Times“ zufolge scheint der Rückzug des Generals Wrangel über den Dnjepr nicht allein durch einen Druck auf die weißrussische Front, sondern auch durch die Bedrohung von Kiew veranlaßt zu sein.

Wittwoch fand die erste Sitzung der Kommission für auswärtige Angelegenheiten über die Ratifikation des Waffenstillstandsvertrages und der Friedenspräliminarien mit Sowjetrußland und der Sowjetunion statt. Die Ratifikation wird bis zum 27. d. M. erfolgen, damit der Austausch der Urkunden innerhalb der nächsten sechs Tage in Litaue erfolgen kann.

„Times“ erzählt aus gut unterrichteter Quelle, daß die polnische Regierung als Antwort auf die Note Frankreichs und Englands in der Angelegenheit der Besetzung Wilna's erwidert habe, daß sie erkaunt sei, daß Frankreich und England der Ansicht seien, die Stadt Wilna müsse in den Besitz Litauens übergehen. Eine derartige Entscheidung würde zu neuen Konflikten und zu Erhebungen in der polnischen Armee führen. Die polnische Regierung richtet deshalb einen dringenden Appell an die Mächte, der Wiederaufnahme keine Hindernisse zu bereiten. — Der polnische General Zeligowski erließ zwei Staatsakte in Wilna. In dem ersten erklärte er sich als Oberhaupt und Oberbefehlshaber des zentrallitauischen Staates. Seine Minister werden Departementsdirektoren genannt.

Albert Thomas in Berlin.

Am Montag sprach der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Albert Thomas, einer der bekanntesten Führer der sozialistischen Partei Frankreichs, im Saale des preussischen Herrenhauses vor Vertretern der deutschen Gewerkschaften. Er erläuterte die Aufgaben und die Aufgaben des Internationalen Arbeitsamts.

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Genosse Leinert, präzidierte. Albert Thomas begann seine Ansprache zunächst deutsch. Er entschuldigte sich, sich der französischen Sprache bedienen zu müssen, da er infolge des Krieges außer Gebrauch gekommen sei. Nach einem Rückblick auf die internationale Arbeiterschaftsfrage und einer Erläuterung über den Aufbau des Arbeitsamts führte er aus:

Die Hauptversammlung können Beschlüsse fassen von zweierlei Art: Erstens Entwürfe zu einem Übereinkommen, zweitens Beschlüsse. Die Übereinkommen werden bindend, wenn sie von den Staaten ratifiziert sind. Sie wirken dann wie früher die Staatsverträge. Die Beschlüsse lassen den einzelnen Staaten Freiheit, ob sie den Beschlüssen nachkommen wollen. Als auf der Friedenskonferenz über den Teil IV beraten wurde, haben die Arbeitervertreter in der Kommission dieses beantragt, daß die Beschlüsse der Hauptversammlung gesetzgebende Kraft erhalten sollten. Dies ist aber nicht durchgegangen, weil zu viele der Staaten Bedenken dagegen hatten. Die Beschlüsse der Hauptversammlung müssen innerhalb Jahresfrist den Parlamenten vorgelegt werden. Die Stellungnahme dazu steht den Parlamenten frei.

Albert Thomas teilte noch mit, daß von 25 Millionen organisierten Arbeitern, die dem Arbeitsamt angeschlossen sind, 10 Millionen sich der deutschen Sprache als Verkehrssprache bedienen. In der Aussprache wurde auf die Fragen der Arbeitslosigkeit und der Auswanderung verzichtet.

Eupen und Malmédy im Völkerbundsrat.

Der Völkerbundsrat befaßt sich in Brüssel den deutschen Protest wegen der sogenannten Volksabstimmung in Eupen und Malmédy und einige sich darauf, an dem ungesetzlichen Beschluß, der in Paris gefaßt wurde, festzuhalten und die zwei Distrikte ohne weiteres Belgien zuzuwenden. Nachher sprach man über den künftigen Status von Armenien, ohne zu irgendeinem Beschluß zu kommen. Kurz streifte man die Frage der Kriegsgefangenen und beschloß einen neuen Appell an die Mitglieder, um mehr Geld zur Bekämpfung der von Osten ankommenden Typhusgefahr herzugeben.

Verhärtete Streiklage in England.

Nach einer Privatmeldung des „Journal des Debats“ aus London hat sich die Streiklage plötzlich verhärtet. Die Delegierten der Trade-Union hätten der Regierung erklärt, wenn sie nicht innerhalb 24 Stunden die Forderungen der Bergleute befriedigt hätte, werde der Generalfreilichtlicher Korporationen erklärt werden.

Ein Londoner Reuterbericht vom 21. meldet: Die Konferenz der Eisenbahner hat sich heute morgen verlagert, ohne zu einem Beschluß zu kommen. Das Unterhausmitglied Thomas erklärte in einer Unterredung, die Lage könne sehr ernst werden, wenn die Regierung und die Bergarbeiter nicht wieder in Verhandlungen treten. Einer Reutermeldung zufolge hat die Konferenz der Eisenbahner beschlossen, daß die Eisenbahner, wenn die Verhandlungen zwischen Regierung und Bergarbeitern nicht bis Sonnabend wieder aufgenommen werden, in den Ausstand treten. „Times“ meldet, es würden Anstrengungen gemacht, um eine Grundlage für die Wiederaufnahme der Konferenz zwischen Regierung und Bergarbeitern zu finden. — Infolge des Streiks ist der Schiffsdienst nach Island und dem Festlande eingeschränkt, zum Teil ganz unterbrochen. Die Schließung der Stahlfabriken von Brantingham infolge des Bergarbeiterstreiks hat tiefen Eindruck gemacht. — Die Schiffsverträge an der Tyne sind in Hartlepool beschlossen, die Verträge so lange wie möglich offen zu halten, damit die Arbeitslosigkeit so weit wie möglich eingeschränkt wird. Man erwartet, daß allein in Sheffield Ende der Woche 100 000 Arbeiter durch den Grubenarbeiterstreik arbeitslos sein werden. Die Zahl der durch den Grubenarbeiterstreik arbeitslos gewordenen Arbeiter wird auf 100 000 geschätzt. — Auf der Konferenz des Völkerbundsrates der Transportarbeiter teilten die Abgeordneten aus den Provinzen mit, daß die Transportarbeiter in Yorkshire die Arbeit am Freitag niederlegen werden.

Die Deutschen an die englischen Bergarbeiter.

Die deutschen Bergarbeiter verfolgen den Streik der englischen Arbeiter mit gespannter Aufmerksamkeit. Am

diesem Gefühl der Sympathie Ausdruck zu geben, ist an den Generalsekretär Franz Sodges, London, folgendes Telegramm gegangen: „In Eurem schweren Kampfe wünscht Euch guten und raschen Erfolg der Deutsche Bergarbeiterverband. Hulemann.“ Der Bochumer Vertreter des „Nieuwe Courant“ hatte eine Unterredung mit dem Bergarbeiterführer H. u. c. Er erklärte u. a., er glaube nicht, daß der Streik der englischen Bergleute eine direkte Rückwirkung auf die internationale Arbeiterbewegung und auf die Haltung der deutschen Bergleute haben werde. Er habe bei seinem Aufenthalt in England, wo er auch an einer Konferenz des Streikkomitees der Bergarbeiter teilnahm, die Ueberzeugung gewonnen, daß in englischen Arbeiterkreisen ein positives Bestreben nach einer Regelung vorhanden sei, die der Wiederherstellung des Friedens diene und die Unausführbarkeit des Versailleser Vertrages berücksichtige.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Tabotierung der Heereskammer durch das Wehrministerium.

Wie die „Freiheit“ meldet, hat die Heereskammer vor einigen Wochen den Paragrafen des Reichswehrgesetzes, der eine wirtschaftliche Organisation der Soldaten verbietet und wirtschaftliche Besprechungen von der Zustimmung der Vorgesetzten abhängig macht, abgelehnt und dafür beschlossen, daß die Zugehörigkeit zu nichtpolitischen Vereinigungen im Sinne des Artikels 159 der Reichsverfassung den Soldaten unter keinen Umständen unterlagert werden dürfe. Die Regierung hat sich aber um dieses Gutachten der Heereskammer garnicht gekümmert und das Reichswehrgesetz in der ursprünglichen Form dem Reichstage vorgelegt. Es wird nun im Reichstag ein deutliches Wort über diese Mißachtung der Heereskammer zu sagen sein.

Beamtenfreundlichkeit der bürgerlichen Parteien.

In dem Kampfe für ihre jungen Koalitionsrechte und in der Abwehr des Rapp-Bußches haben sich einzelne verfassungstreue Beamte formale Verstöße gegen die Dienstpflicht zuschulden kommen lassen und werden deswegen disziplinarisch verfolgt. Die sozialdemokratische Fraktion hatte infolgedessen in der preussischen Landesversammlung einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach die Disziplinarverfahren strafrei bleiben sollen, die vom 9. November 1915 bis zum 9. Mai 1919 im Zusammenhang mit Kämpfen um die staatliche, soziale oder wirtschaftliche Umgestaltung begangen worden sind. Auch sollten die deswegen bereits verhängten Disziplinarstrafen erlassen werden. Der Antrag war umsomehr begründet, als das ganze alte Disziplinarverfahren noch vollständig unverändert und die Disziplinarbehörden noch ganz mit den alten Reaktionen besetzt sind. Trotzdem haben die bürgerlichen Parteien einmütig und geschlossen im Rechtsauschuß und am Dienstag, dem 19. Oktober in der Vollversammlung der Landesversammlung den sozialdemokratischen Gesetzesvorschlag abgelehnt! Wohl waren einige Demokraten schwankend geworden, aber schließlich ließen sie sich auch dafür breit schlagen, die Beamten, die im Kampf für die Verfassung bestanden haben, dem alten Disziplinargesetz und den alten Disziplinarbehörden auszuliefern. Das ist die Beamtenfreundlichkeit der bürgerlichen Parteien! Mögen Angestellte und Beamte daraus die Lehre ziehen und bei den kommenden Wahlen ihre Stimme einbringend für die Sozialdemokratie abgeben. Nur bei ihr findet die Verfassung und der verfassungstreue Beamte Schutz.

Aus der Partei Drehscheibe.

Die Deutsche Volkspartei läßt verbreiten, daß alle Gerüchte über Meinungsverschiedenheiten in der Partei aus der Luft gegriffen seien. Die parteiisziplinäre Rundgebung sagt:

„Ueber die Stellung, die von den Vertretern der Deutschen Volkspartei im Kabinett zu dem Sozialisierungsbeschlusse der Regierung eingenommen wird, herrscht volles Einverständnis zwischen ihnen und der Fraktion. Ebenso ist man sich innerhalb der Fraktion selbst in den Grundfragen der Sozialisierung vollkommen einig, so daß die Sozialisierung des Bergbaues sowohl von der Fraktion selbst, wie zwischen der Fraktion und den Mitgliedern der Deutschen Volkspartei im Kabinett keine Veranlassung zu irgendwelchen grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten bietet.“

Da die deutschvolksparteilichen Minister im Kabinett für in der Partei gegen die Sozialisierung gesprochen haben, so ist danach die Stellung der Deutschen Volkspartei völlig klar: sie tritt energig für die Sozialisierung des Bergbaues ein, die sie mit größter Entschiedenheit bekämpft. Bei dem letzteren bleibt es natürlich.

Auslieferung von Eis Schiffen.

In der sächsischen Volkskammer kamen die sächsischen Forderungen auf Auslieferung von Eis Schiffen zur Verhandlung. Die Sachsen verlangen 700 Röhre von je 500 Tonnen, 90 Schöpfer, 8 Schwimmkräne, sowie alle in der Tschechoslowakei liegenden Hafenanlagen, die Deutschen gehören. Die Regierung erklärte, diese Forderungen seien gänzlich unberechtigt. Es ist ein amerikanischer Schiedspruch darüber zu erwarten.

Offizientum.

Auf eine kleine Anfrage des sozialdemokratischen Abgeordneten Partels hat die preussische Regierung in der Landesversammlung mitgeteilt, daß sie 5000 Exremolare der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ bezieht und bezahlt. Dies gilt als Entgelt dafür, daß die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vertragsmäßig gewisse Regierungsmittellungen aufnehmen und verbreiten muß. Wenn wir auch der Meinung sind, daß Gegenleistungen bezahlt werden müssen, so ist es doch sehr merkwürdig, daß die gegenwärtige Regierung sich für diese Aufgabe als offizielles Blatt gerade ein Stimmensorgan aussucht. Es ist unvermeidlich, daß die Regierung ihre Beziehungen zur „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ löst.

Braunschweigische Selbsthilfe gegen Heeres.

Der braunschweigische Ernährungsminister, Genosse Artzt hat die Ausfuhr von Kartoffeln aus dem Lande Braunschweig verboten und will auch rückwärts in die bestehenden Lieferungsverträge eingreifen. Die braunschweigische Regierung ist sich bewußt, daß diese Maßnahmen nach Aufhebung der Zwangswirtschaft ungesetzlich sind, aber infolge des völligen Versagens des Reichsernährungsministers sieht sie sich in der Not zu diesen ungesetzlichen Maßnahmen gezwungen, um Ursachen der hungernden Bevölkerung vorzubeugen.

Rückkehr der Soldaten Flüchtlinge.

Die Verhandlungen über die Rückführung der Soldaten Flüchtlinge führten zu einem deutsch-polnischen Abkommen. Etwa zwei Drittel der Flüchtlinge, nämlich 1425 Personen, können in

der Zeit vom 18. bis 20. Oktober in ihre Heimat zurückkehren. Die Rückkehr mit dem gesamten, nach Deutschland mitgebrachten Haß und Gut ist gestattet. Die Heimgekehrten treten außerdem wieder in den Besitz ihres gesamten, in Soldau zurückgelassenen Eigentums. Wegen der noch zurückgebliebenen Flüchtlinge werden die Verhandlungen weiter fortgesetzt.

Wilhelm II. als Steuerdrückeberger.

Unter den vielerlei Geschichten, die in Holland über den deutschen Exkaiser erzählt werden, ist jene, die ihn in seiner Rolle als Steuerzahler zeigt, besonders bemerkenswert. Wilhelm II. hatte sich nach seinem Zuzug nach Amerongen für die Gemeindesteuer mit einem Jahresentkommen von 250 000 Mk. eingeschätzt. Die Gemeinde war anfangs darüber zufrieden und zog die entsprechenden Steuerbeträge ein, ohne viel darüber nachzudenken, ob die Steuererschätzung den wirklichen Einkommensverhältnissen des Exkaisers entsprach. Als aber die deutsche Valuta immer tiefer sank, so daß Wilhelm schließlich in Gulden nicht viel mehr zu bezahlen hatte als ein mittlerer Bauer, fing man an, sich für das außerordentliche Einkommen etwas näher zu interessieren und fand, daß es mit 500 000 Gulden entsprechend einzuschätzen sei. (Die jedoch diese neue Einschätzung sich keuerlich auswirken konnte, verzog der Exkaiser nach Haus Doorn. — 500 000 Gulden sind nach dem heutigen Kurs mehr als 10 Millionen Mark. — Damals, als die Einschätzung erfolgte, mag der Kurswert noch niedriger gewesen sein, immerhin besteht zwischen der exkaiserlichen Einschätzung und dem von der Gemeinde Amerongen errechneten Betrag eine überaus peinlich wirkende Spannung. Hätte Wilhelm II. beim Regieren dieselbe Vorsicht bewiesen wie beim Steuerzahlen, so wäre dem deutschen Volke heute wahrscheinlich wohlter.

Kleine politische Nachrichten.

In der preussischen Landesversammlung erklärte der Finanzminister, daß der Etat ein Defizit von drei Milliarden Mark aufweisen wird.

Die sächsische Volkskammer nahm eine Regierungsvorlage an, die den Grundstückverkauf von der behördlichen Genehmigung abhängig macht, um den Boden- und Häuserwucher zu bekämpfen.

Wegen die Zerstörung der Dieselmotoren werden sich der Industrieverband Augsburg-Münchberg. Durch Verhinderung des Weiterbaues würden nicht nur in der Maschinenfabrik Augsburg-Münchberg 3000 Arbeiter entlassen werden, und der Gesamtproduktion unabwehrbarer Schaden zugefügt werden, sondern es würden weit darüber hinaus große Industrieunternehmen lahmgelegt und weite Kreise der Arbeiterschaft brotlos gemacht werden.

Dem hungernden Bürgermeister von Carl wurde nach Deliriumsankfällen künstliche Nahrung zugeführt. Als er wieder zu sich kam, lehrte er weitere Nahrungsaufnahme ab.

Die schwedische Presse macht Propaganda dafür, die Friedensprämie des Nobelpreises dem Ministerpräsidenten Branting zu verleihen.

Der als tot gemeldete griechische König lebt noch. Die Edelhofschweinin Bankhurst wurde in London wieder freigelassen, nachdem sie sich verpflichtet hatte, keine kommunistische Propaganda zu treiben.

Oesterreich.

Die Niederlage der Kommunisten.

Die „Note Jahue“ äußert sich zur Wahlniederlage der Kommunisten wie folgt: „Die österreichische Arbeiterklasse lehnt den Kommunismus ab — das ist der Sinn der Wahlen. Uns erscheint nötig, unsere Niederlage nicht zu beschönigen, sondern in ihrer ganzen Größe zu erkennen, und es muß festgestellt werden, daß die Wahlergebnisse doch nicht alles sagen. Daß wir in ganz Oesterreich nur 27 000 Stimmen bekommen haben, ist schlimm. Aber viel schlimmer ist das Stimmenverhältnis zwischen unserer Wählerzahl und unserer Mitgliederzahl, da weniger kommunistische Stimmen abgegeben worden sind, als unsere Betriebsgruppen Mitglieder haben. Ein nicht unbedeutender Teil unserer Mitglieder hat sozialdemokratisch gewählt. Der Ausgang der Wahlen beweist, daß die österreichische Arbeiterschaft ein ungeheures Ruhebedürfnis hat. Die ungeheure Mehrheit des österreichischen Proletariats ist im Innersten reformistisch gesinnt.“

Dänemark.

Die Forderungen der Nordfriesländer.

Im Laufe der Budgetdebatte im dänischen Folketing eratiß das deutsche Folketingmitglied, Pastor Schmidt-Wobbe, zum ersten Male das Wort. Er führte unter allgemeiner Aufmerksamkeit aus, er stehe im dänischen Folketing als Vertreter eines fremden Volkes, das gegen seinen Willen unter die dänische Staatsoberrheit gekommen sei. Er fordere volle Gleichberechtigung und volle Kulturfreiheit für die Deutschen in Nordfriesland. Er und seine Landsleute würden die Hoffnung auf eine Grenzberichtigung nach Norden niemals aufgeben. Andererseits wünsche er mit den Dänen in Frieden und Verträglichkeit zu leben.

Rußland.

Bestärkter Imperialismus.

Daß die Weiterführung des russischen Abwehrkampfes gegen Polen über die Säuberung russischen Gebietes hinaus verderblich war, gibt nun auch Lenin zu. Vor den Sowjetleitern erklärte er am 15. Oktober, daß angesichts der militärischen Lage der Roten Armee der Frieden mit Polen weniger vorteilhaft für Rußland sei, als wenn er vor dem Marsche auf Warschau abgeschlossen worden wäre.

Belgien.

Bergarbeiterstreik.

„Soir“ meldet, daß die Bergleute des Beckens von Charleroi wegen der Einilhrung der Erwerbssteuer bereits jetzt in den Ausilnd getreten sind.

Frankreich.

Sozialistische Proteste gegen Peirotes.

Die sozialistische Sektion Mey erklärte in einer Resolution, daß sie improt lei über die Haltung des „sozialistischen“ Bürgermeisters von Straßburg, der sich nicht scheue, den Verräter Millerand, den Verfolger der Arbeiterklasse, zu feiern. Noch deutlicher drückten sich die Anhänger der Genossen in einer Erklärung aus. Sie sagen, daß Peirotes' Haltung in dem Augenblick, in welchem die französische Partei jedes Zusammengehen mit den Bürgerlichen kategorisch ablehnt, Peirotes außerhalb des Rahmens der Partei stelle. Sie überlassen die weiteren Schritte der Sektion unterließ.

England.

Ein gefährlicher Vahnbau.

Das britische Kriegsministerium teilt mit, daß die Wiederherstellung der Eisenbahnverbindungen in der Gegend von Saadad militärische Operationen notwendig mache. Die

Hauptphase dieser Operationen ist nunmehr zu Ende geführt. In den verschiedenen Kämpfen beliefen sich die Verluste der Engländer auf 416 Tote, 1119 Verwundete, 59 Gefangene und 473 Vermisste. Die Verluste der Araber sollen bedeutend höher sein, behauptet das englische Kriegsministerium!

Die irische Frage im Unterhaus.
Bei der Debatte über die irische Frage im Unterhause verlangte namens der Arbeiterpartei Henderson eine Untersuchung über die in Irland verübten Repressalien. Ihm erwiderte der Unterstaatssekretär für Irland, daß die Tatsachen entstellend worden seien. Die Ruhe werde nach und nach wieder hergestellt. Für Einleitung einer Untersuchung sprachen sich auch Robert Cecil und Asquith aus; der Antrag Henderson wurde jedoch mit 346 gegen 70 Stimmen abgelehnt, nachdem Bonar Law erklärt hatte, daß die Einleitung einer Untersuchung ein Misstrauensvotum für diejenigen bedeuten würde, die mit der Wiederherstellung der Ordnung beauftragt sind.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Freitag, 23. Oktober.

Kämpfe für den Sozialismus!

Wer die Reaktion vollständig niederzuringen will, der trete dafür ein, daß alle Arbeiter, Angestellten, Beamten, Frauen und Mädchen der schaffenden Stände für die Ideen des Sozialismus gewonnen werden.

In jedes Haus, in jede Hütte müssen die Samenfrüchte des Sozialismus getragen, in allen Betrieben und Werkstätten muß die Aufklärungsarbeit mit aller Kraftanstrengung betrieben, die Grundlagen und Ziele der Sozialdemokratie den indifferenteren Arbeitstagen dargelegt werden.

Eine durch Aufklärung gefestigte sozialistische Volksmehrheit wird unüberwindlich sein, während die Diktaturherrschafft einer Minderheit, ganz gleich, ob von rechts oder von links, immer die Gefahr eines Bürgerkrieges in sich birgt, weil die Nachhader der Diktatur sich immer nur durch die Gewalt der Waffen behaupten können. Blut ist aber genug geflossen. Weiteres Blutvergießen muß vermieden werden.

Folgen wir daher den alten Traditionen der Sozialdemokratischen Partei, die stets jede Gewaltpolitik verabscheute und bekämpfte und treulich in folgender Strophen des Sozialistenmarches wiederzugeben wird:

Nicht mit dem Ritzzeug der Barbaren,
Mit Flint und Speer nicht kämpfen wir,
Es führt zum Sieg der Freiheit Scharen
Des Geistes Schwert, des Rechts Panier.

Wer in diesem Sinne mit uns den Sieg im Kampfe für die Befreiung der arbeitenden Klasse beschleunigen will, für den wird Sozialismus, der allein uns den Weltfrieden bringen, das Bölkermorden beenden und für die Zukunft verhindern kann, für den muß die Lösung sein:

Hinein in die Sozialdemokratische Partei!

Der Vorstand und das Revolutionskomitee hält am Sonntag, dem 23. Oktober, abends 8 Uhr, im Parteisekretariat eine Sitzung ab.

Der Tumult am 30. Juni hat bisher 225 Angeklagte vor das Schöffengericht und das Schwurgericht geführt. Eine Reklage wurde vom Gericht nur in vereinzelten Fällen angenommen. Die Angeklagten lehnten sich zusammen aus 185 männlichen und 70 weiblichen Personen und sechs Kindern im Alter von 12 bis 14 Jahren. Die meisten der Angeklagten waren junge Leute von 16 bis 23 Jahren. Von den Frauen waren je eine 61, 62 und 68 Jahre alt. Erkennt wurde insgesamt auf 5 Jahre 3 Monate Zuchthaus und 68 Jahre 8 Monate und 2 Wochen Gefängnis. 7 Angeklagte kamen mit einem Verweis davon, 13 Angeklagte wurden freigesprochen, und bei 9 Angeklagten wurde die bedingte Begnadigung vom Gericht empfohlen.

Eine Protestversammlung veranstalteten am Donnerstag nachmittags im Saale der Schiffergesellschaft die Beamten und Angestellten des Landgebietes und des eingemeindeten Gebietes. Die Versammlung war stark besucht und forderte die Gleichstellung im Gehalt mit den Beamten der Stadt Lübeck. Nach der im September in der Bürgerchaft angenommenen Beamtenbesoldungsordnung erhalten die Beamten des Landgebietes ein niedrigeres Gehalt als die städtischen Beamten. Nachmeister Wetke-Harmsdorf beantragte die Forderung. Der Lebensunterhalt sei in der Umgegend Lübecks nicht billiger als in der Stadt, und daher müßte die gehaltliche Gleichstellung mit den Stadtbeamten unbedingt erfolgen. Nach einer kurzen Aussprache fand folgende Entschlußsatz einstimmige Annahme: Die am 21. Oktober im Saale der Schiffergesellschaft versammelten lübeckischen Beamten und Lehrer im eingemeindeten und Landgebiet erheben einmütigsten Einspruch gegen die Bemessung der Gehälter nach Ortsklassen. Sie bestreiten, daß die Gesamtschuldenhaltung in den Vororten und Dörfern billiger als in der Stadt ist, verweisen auf ihre oft schwere und verantwortungsvolle Arbeit und berufen sich auf ihre bisherige Besoldung, die einen Unterschied zwischen Stadt und Land nicht kannte. Sie empfinden die Neuregelung als eine Zurücksetzung und ein Unrecht. Daher fordern sie gleiche Ortszulagen für alle Beamten und Lehrer in Stadt und Land.

Für Erhebung von Fernsprechtsgebühren. In letzter Zeit mehren sich, wie uns geschrieben wird, die Klagen darüber, daß die Inhaber von Fernsprechanlagen von dritten, denen sie die Benutzung ihrer Anschlüsse gestatten, Gebühren einheben, zu deren Erhebung sie nicht berechtigt sind. Nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen darf sich ein Fernsprechtsnehmer nur die Gebühren für solche Gespräche erlassen lassen, für die er selbst Einzelgebühren bezahlt. Hiernach können sich alle Fernsprechtsnehmer die Gebühren für Ferngespräche allgemein und die Gebühren für Ortsgespräche zur Nachtzeit (von 9 Uhr abends bis 7 Uhr vormittags) erlassen lassen. Die Gebühr für Ortsgespräche zur Nachtzeit beträgt 80 Wfa. Einzelgebühren für Ortsgespräche am Tage (von 7 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends) bezahlen in Lübeck nur die Fernsprechtsnehmer mit den Anschlußnummern 1080 bis 6000. Nur sie dürfen sich von dritten diese Gebühren (20 Wfa. nicht 40 Wfa. für jedes Gespräch) erlassen lassen. Alle anderen Teilnehmer zahlen Pauschalgebühren und dürfen für Tages-Ortsgespräche keinerlei Vergütung, weder als Entschädigung für die Hernahme des Raumes, noch als Anteil an der Pauschalgebühr oder in anderer Form erheben. Die Anschlußnummern sind in den Sprechapparaten anzuzeigen. Verträge gegen diese Bestimmungen werden zweckmäßig dem hiesigen Telegraphenamts angezeigt.

Kartoffelkrebs. Der Kartoffelkrebs ist bisher in Lübeck und Umgegend in zwei verschiedenen Kleinfächern an der Solespitzenstraße, in Schönhöfen, beim Weinturm, in Schlutup, in Tremskamp und in Neustadt festgestellt worden. Leider ist anzunehmen, daß sich noch nicht alle gemeldet haben, die krebskranken Kartoffeln geerntet haben. Das eigentliche der Krebskrankung ist, daß sie auf den verletzten Stellen von Jahr zu Jahr verheerender wirkt, so daß sie schließlich den Ertrag der Felder völlig unter-

bindet. Es ist deshalb dringend nötig, daß überall dort, wo die Gefahr des Kartoffelkrebes besteht, nur krebsfreie Sorten geerntet werden. Magnum bonum, Industrie, Kaiserkrone, Boehms Erbsen, Up to date, Wohlmann, also gerade die häufigsten geernteten Sorten sind besonders anfällig. Es gibt aber eine ganze Anzahl gute ertragreiche Sorten, die krebsfrei sind. Die Hauptstelle für Pflanzenzüchtung wird nach Möglichkeit denjenigen, die sich melden und bei denen die Notwendigkeit des Anbaues krebsfreier Sorten vorliegt, krebsfreies Saatgut verschaffen. Die Melbung muß aber sofort erfolgen, da es sonst schwer wird, noch Saatgut herzustellen. Es ist anzugeben, ob eine frühe, mittelfrühe oder späte Sorte gewünscht wird.

Seine Abnahme-Probefahrt machte am Dienstag der auf der Kogelnschiffwerft erbaute Dampfer „Proxi mus“. Er ging von Travemünde aus in See und fuhr nach Beendigung der Probefahrt nach Rotterdam. „Proxi mus“, ein Schraubendampfer von 3860 Tonnen Tragfähigkeit, mit einer Maschine von 950 Pferdekraften für ca. 1/4 Knoten Geschwindigkeit, hat Hauptdimensionen von 61,25 Meter Länge, 13 Meter Breite und 6 Meter Seitentiefe und ist im übrigen als moderner Dampfer in jeder Weise ausgerüstet.

Über der Lichtspielgemeinde. Der nehrige 7. Bilderbühnenabend erlebte sich einen starken wohlverdienten Besuch. Schon der Anfang, Naturaufnahmen, der an Stelle eines für die Zwecke der Gemeinde ganz unregelmäßigen Lustspiel eingeschoben waren, bildete für jeden Naturfreund einen Genuß: Brutstätte der Mohrammer, des Laubjägers, des Hählings, das Leben und Treiben eines Wärders, das Verweilen in hohem Maße zu fesseln. „Der Geliebte“, ein nach dem bekannten Gangehorenschen Roman verarbeiteter Wert, fand verdienten Beifall, ebenso der lustige Triakt „Das Vaterjahr“. Der Männergesangsverein „Italia“ trug durch Darbietung von vier ansprechenden Volksliedern viel zum Gelingen des Ganzen bei.

Stadttheater. Freitag findet die Gastvorbereitung von „Lobelia“ statt. Auf die erste Aufführung der „Kindertragödie“ am Sonnabend weisen wir noch einmal hin.

Ganztheater. Auf die heutige Premiere des neuesten Sübermann-Schauspiels „Die Nachhoffs“ sei nochmals hingewiesen. — Sonntag findet um 3/4 Uhr wieder eine große Nachmittagsvorstellung statt.

Angrenzende Gebiete.

Stadelsdorf-Radenburg. Die Jugendorganisation veranstaltet am Sonntag abend 7 Uhr einen Unterhaltungsabend mit Vorträgen, Rezitationen, Volks- und Reigenstücken. Um 4 Uhr nachmittags findet ein Umzug durch den Ort statt.

Ein tödlicher Automobilunfall. Der Fabrikbesitzer Dreesen-Gleichenberg hatte am Donnerstag abend eine frange Dame mit seinem Auto nach Lübeck gefahren. Auf dem Rückweg kam in der Nähe von Wandorf ein Fährwerk ohne Licht auf der Chaussee entlang. Dreesen fuhr nicht so stark, daß das Auto sich überhöbe. Bei dem furchtbaren Sturz wurde Dreesen so schwer verletzt, daß er bald verstarb.

Hamburg. Sprengkollonnen an der Arbeit. Auch die Hamburger Rentammalisten sind dazu übergegangen, durch die Tat zu beweisen, daß sie der Aufnahme in die Dritte Internationale des Terrors würdig sind. Die Gegner der Moskauer Theßen, die vorläufig eine U.S.-Organisation neu aufzumachen, hatten am Mittwoch abend im Gewerkschaftshause eine Versammlung für die Gegner der 21 Moskauer Theßen einberufen. Als die Versammlung begonnen hatte, erschienen neun kommunistische Sprengkollonnen unter der Führung ihres Vorsitzenden Thälmann. Sprengten die Versammlung und machten ihre weitere Fortsetzung unmöglich. — Das ist der Anfang des Kampfes, wie wird erst das Ende aussehen.

Boizenburg. Sozialistische Mehrheit. Bei der Neuwahl der Stadtverordneten erhielt die Sozialdemokratische Liste 703 Stimmen und 5 Vertreter, die Liste der Unabhängigen 406 Stimmen und 3 Vertreter. Der liberale Block erlangte nur 7 Vertreter auf 123 Stimmen. 485 Wahlberechtigte, darunter viele Frauen, haben nicht gewählt.

Neustrelitz. Rom Kapp-Putsch. Der Landesauschuh bewilligt 61 980 M. als das vom Staat zu tragende Drittel der Lohnnachzahlungen für die Kapp-Streitkräfte.

Schleswig. Verschobenes deutsches Vieh. Nach Zeitungsberichten wird von Schleswig-Holstein aus Schlächt- und Zuchtvieh nach Dänemark verschoben. Das Landespolizeiamt hat sofort Beamte an Ort und Stelle geschickt, um den Sachverhalt prüfen zu lassen. Das Treiben der gewissenlosen Elemente, die bei der gefährlichen Ernährungslage des deutschen Volkes Vieh nach dem Auslande verschleppen, kann nicht streng genug geahndet werden.

Wilschmohren. Kartoffelpresse. Der Oberpräsident hat angeordnet, gegen die Händler und Landwirte, welche Kartoffeln, die nicht Vertragsartoffeln sind, zu einem höheren Preis als 25 Mark den Zentner kaufen resp. verkaufen, einen Preisstreikerei einzuschreiten, auch deren Entziehung der Handels-erlaubnis in solchen Fällen zu veranlassen. Fremdwelche Nebenpreise, wie hohe Vergütungen für Anfuhr, Aufbewahrung und dergleichen, sind unzulässig. Wenn die Anordnung nicht auf dem Papier stehen bleibt, mag es letzten Endes gehen.

Neueste Nachrichten.

Verdächtige Passagiere an Bord eines amerikanischen Dampfers.

II. Danzig, 22. Oktober. An Bord des amerikanischen Dampfers „Kochelle“ hatten sich bei der letzten Ueberfahrt 21 blinde Passagiere eingeschlichen und die Ueberfahrt nach Neuport mitgemacht. Nach ihrer Ankunft in Neuport haben sie aber an Bord des Schiffes bleiben müssen und sind wieder nach Deutschland zurückgebracht worden. Zwölf dieser Passagiere gelang es zu entfliehen, die übrigen wurden in Danzig ins Gefängnis eingeliefert, weil sie sich an einer Meuterei an Bord des Schiffes beteiligt hatten.

Kommunistenführer als Fallstrichler verurteilt.

II. Braunschweig, 22. Oktober. Das Schwurgericht Braunschweig verurteilte die Kommunistenführer Arbeiterssekretär Robert Geertz und Karl Schwerdt aus Rost i. d. Lausitz und Berlin wegen vollendeten Mordversuchs zu je 5 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Gefängnis; außerdem zu je 5 Jahren Schwerearbeit und Stellung unter Polizeiaufsicht. Sie haben in Braunschweig 4 Monate lang 50-Mark-Reichsbanknoten der Ausgabe vom 30. November 1918 und in Mittel- und Süddeutschland in den Verkehr gebracht.

Bewegung gegen Groß-Hüringen.

II. Halle, 22. Oktober. In Halle hat sich ein Konsortium Preußen-Groß-Hüringen gebildet, das es erreichen will, daß verschiedene Groß-Hüringen angelegene Landesteile Preußen einverleibt werden. Ebenso wänden sich in Meiningen und Gotha Gesellschaftsbewegungen von Staats Groß-Hüringen bemerkbar, da dieser Staat nicht lebensfähig sei.

Typhusfälle durch Genuß von Pferdefleisch.

II. Duisburg, 22. Oktober. In der Woche vom 18. bis 18. Oktober sind in Duisburg etwa 70 Fälle von Typhus vorgekommen. Es handelt sich hierbei um Infektionen durch den Genuß von Pferdefleisch, das einer hiesigen Schlachtere entnommen ist.

Kapitalkraft der badiischen Grundherren.

II. Karlsruhe, 22. Oktober. Die sozialdemokratische Fraktion des badiischen Landtages hat folgende kurze Anfrage an die Regierung gerichtet: „Mit dem Staatsministerium bekannt, daß die badiischen Grundherren sich an das bisher (einblische) Ausland gewandt haben, um mit Hilfe des dortigen Finanzkörpers ihre Güter vor Beseinerung und vor Sozialisierung zu schützen? — Die Patrioten sind zu jeder Dumperel fähig.“

Einnischung der Entente in das Passagierflugunternehmen München-Wien.

II. Wien, 22. Oktober. Gestern vormittag sind die drei Passagierflugzeuge, die am 20. ds. Ms. auf der Strecke nach Wien eine Notlandung vornahmen mußten, auf dem Wiener Flughafen eingetroffen. Die Flugzeuge sind für die künftige Luftverbindung Wien-München bestimmt. Es erschien eine Ententekommission auf dem Flughafen, bestehend aus einem englischen, italienischen, japanischen und französischen Offizier, die sich darauf besaßen, daß von der deutschen Ententekommission noch keine Bewilligung des Fluges der deutschen Piloten in Wien eingetroffen sei. Ueberhaupt sei für diesen Flug die Bewilligung der Entente für Oesterreich einzuholen. Die drei Flugapparate wurden daraufhin von der Ententekommission vorläufig beschlagnahmt.

Die Ausplünderung eines armen Landes.

II. Wien, 22. Oktober. Auf die in letzter Zeit aufgetauchten Gerüchte, daß sich die Reparationskommission für die mit etwa 2 Milliarden zu beziffrenden Kosten der österreichischen Wehrmacht interessiere und in ihrem finanziellen Sanierungsplan zum mindesten eine wesentliche Einschränkung dieses Aufwandes verlangen werde, erhebt sich der hiesigen sozialistischen „Wochen“ scharfer Protest gegen die Besätze und den Aufwand des Personals der österreichischen Sektion der Reparationskommission, die dem kleinen finanziell wenig leistunnsfähigen Staat Milliarden kosten. Ein Beamter der französischen Sektion der Kommission hat seine Demission eingereicht mit der Begründung, er könne es nicht über sich bringen, sich von einem so armen Staate unterhalten zu lassen.

Sympathiestreit der französischen Grubenarbeiter?

II. Zürich, 22. Oktober. Aus Paris wird gemeldet, daß mit einem Sympathiestreit der französischen Bergarbeiter mit den englischen Grubenarbeitern zu rechnen sei.

Die sozialistische Bewegung in Italien.

II. Rom, 22. Oktober. Auf der Tagung der sozialistischen Parteiführung in Florenz erschienen Vertreter der Eisenbahnerverbände, der Seeleute und der Anarchisten. Sie forderten die Partei solle die Bekämpfung der Anarchisten mit der Proklamierung des Generalstreiks in ganz Italien beantworten. Die Parteiführung entschied sich jedoch gegen den Generalstreik und beschränkte sich auf die Veröffentlichung eines dreizehnen Manifestes. Die Gefahr der Spaltung der sozialistischen Partei ist näher gerückt, da die Kommunisten noch vor dem florentiner Parteitag eine Sonderkonferenz einberufen haben. Errati und Gemari von der Parteiführung reisen nach Berlin. Das Verlangen zur Austerung unbekannter oder schlecht behauter Landereien wird durch ein Dekret veröffentlicht, beschleunigt und für Sizilien zentralisiert.

Das Wetter der Woche.

(Von der Lausitzerischen Wetterwarte in Könn.)
(Nachdruck verboten.)

Die kommende Woche (24. bis 30. Oktober einschl.) läßt nach unseren Untersuchungen in ihrem größten Teile noch Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters erwarten. Die Wetterlage erfährt gegen die Vorwoche zunächst wenig Veränderung. Ein umfangreiches, 775 mm erreichendes Hochdruckgebiet erstreckt sich von einem NW-Rückland bedeckenden Zentrum nach dem nördlichen und östlichen Mittel-Europa mit Einschluß unseres Bezirks. Flache atmosphärische Störungen nehmen den Ocean im SW. der britischen Inseln und die Biscaya ein, verändern ihre Lage zunächst wenig, entsenden zwar zeitweise Ausläufer nach Frankreich, werden aber durch einen Well höhen Druckes am Nordring nach NW. und O. verdrängt. Erst in den letzten Wochentagen ändert sich das Witterungsbild. Ein kräftiges Tief vom Ocean im SW. schiebt sich nach der Nordsee gerichtet Bahn ein, drängt das obige Hoch südwärts und ruft um den 20. Oktober einen Witterungsumschlag mit Trübung, steigender Luftwärme, stärkeren S. bis W.-Winden und im W. und N. verbreiteter Niederschlagslage hervor. Bis dahin bleibt das Wetter, kalte, trockene Wetter noch allgemein herrschend. Oestliche, tief temperierte Föhnlandwinde nördlichen Ursprungs brüden die Temperatur besonders nachts und vormittags tief unter das Mittel herab und veranlassen im Binnenlande wie im N. verbreiteter, teilweise starke Nachfröste. Die Sonnenscheiteldauer ist in den beiden ersten Wochendritten groß. — Im einzelnen lautet unsere Voraussage: 24. Oktober: Kalt, heiter bis wolkenlos, lebhafte östliche Winde, wenig Wärmeänderung; trocken. Verbreiteter Nachtfrost im Binnenlande und im N. 25. Oktober: Tags etwas milder, vorwiegend heiter, frische östliche Winde. Trocken. Nachtfrost. 26. Oktober: Im SW. und S. teilweise wolfig; im übrigen heiter bei lebhaften NW. und W.-Winden und trocken. Verbreiteter, verstärkter Nachtfrost. In wasserreichen Gegenden Reif. 27. Oktober: Die ersten Anzeichen einer Wetteränderung machen sich bemerkbar. Bei fallendem Barometer nimmt die Bewölkung im W. zu. Die Winde frischen stark auf und drehen nach SO. Durchweg bleibt das Wetter noch heiter und trocken. 28. Oktober: Milder, im Osten und S. noch vorwiegend heiter; in dem übrigen Bezirk zunehmend bewölkt; frische bis starke SO. bis S.-Winde. Im W. nachmittags zeitweise Regen. Sanft trocken. 29. Oktober: Bismild, stark wolfig, lebhafte SW.-Winde. Mit Ausnahme des S. zeitweise Regenfälle. 30. Oktober: Mild, vorwiegend trübe, vielfach starke SW. bis W.-Winde, verbreitete Regenfälle. In den Gebirgsseiten des südlichen Bezirks Schnee.

Briefkasten.

Secret. J. G. Der von Ihnen geschilderte Vorfall hat sich bereits am 7. Oktober abgelehnt und am 21. Oktober haben Sie uns davon Nachricht. Solche veraltete Sachen können wir nicht veröffentlichen. Schnelle Berichterstattung ist erste Bedingung.

Geschäftliches.

Die Gemeinnützige Gesellschaft für Möbelbeschaffung m. b. H. verkauft ihre Restbestände an kompletten Schlafzimmern und Kücheneinrichtungen sowie einzelner Mobiliten zwecks Räumung des Lagerbestandes zu bedeutend ermäßigten Preisen gegen Barzahlung. Auch Nichtkreditnehmer werden berücksichtigt. Der Verkauf findet nur noch eine ganz kurze Zeit täglich von 8 bis 6 Uhr in der Katharinenstraße, Eingang Glodentischstraße, statt.

Für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Nachrichten „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Hermann Bauer; für die Anzeilen „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: August Schulz.
Verlag: Hermann Steinberg, Druck: Friedrich Meyer & Co. Sammler in Lübeck.

Ulster Paletots Joppen

Ulster für Herren hochmodern	175	230	350	550	695	Mk.
Winter-Joppen warm gefüttert	85	120	165	250	380	Mk.
Eleg. Paletots 1. und 2. Reihig	250	400	550	675	825	Mk.
Jadett-Anzüge blau u. farbig	225	375	450	650	850	Mk.

Jeder möge sich von unserer Preiswürdigkeit überzeugen

Gebr. Vandsburger

Inh. Heinr. Wellmann, Holstenstr. 10.

Bestes Geschäft der Branche am Platz.

Halbpreispollträger
Weibe Kragen zum Selbstwaschen.
Krawatten 8414
Papier-Wäsche
Aug. Janensch
Sandstraße 6.

Zahle
für Hausstands-Cumpen, alle Geschäftsbücher, Zeitungen, Anklapppapier, Metall-, sämtliche Sorten Zelle und Haare
höchste Tagespreise.
J. Lissauer,
8461) Schildstr. 5.

J. H. Bein
Am Markt 12.
Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für erfindungreiche Manufakturwaren = Spezialhaus für Betten, Bettfedern und Datteln = Herren- u. Knaben-Garderoben Arbeiter- und Berufsleidung.
8410

Maßnahmen zur Streckung unserer billigen Schuhwaren

Infolge der großen Preiserhöhungen am Ledermarkt verabsolgen wir jedem Kunden nur 1 Paar und auch nur gegen persönliche Anprobe, damit unsere billigen Stiefel nicht den wirklichen Verbrauchern entzogen werden.

Karstadt

Alt.-Ges.

Lübeck

Arbeitsgemeinschaft sozialdem. Beamten und Angestellter.

Versammlung

am Sonnabend, 23. Oktober, abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:

- Vortrag des Genossen Hugo Otto Zimmer über: „Kulturaufgaben der Sozialdemokratie“.
- Ausprache.

Alle Beamten und Angestellten sind hierzu eingeladen.

Der Vorstand.
H. A. Froit.

Sparklub Schifferkrug.

Großer Ball

am Sonnabend, 23. Okt., auf Adlershorst.

Anfang 6 1/2 Uhr. Hierzu ladet freundlichst ein Das Komitee.

1. Rang, vorzügl. Birnen und Winterapfel verkaufe Sonntag abends von 8 Uhr an (8432) Dreibrücke, Unterkrug.

Garn, best. a. Sofa, Tisch, 4 Polsterstuhl, auf 750 Mk., 1 Tischgarn, Sofa 850 Mk., Vertikow 330 Mk., Spiegel, Konf. 150 Mk., Kleiderk. 350 Mk., West. m. Matr. 100 Mk., Kompl. Kücheneinricht. 425 Mk., Tisch, Stühle, Kommode 95 Mk., Bettz. billig zu verl. Stüwe, (8448) Böttcherstraße 10.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Filiale Lübeck.

Große öffentl. Versammlung

aller in der privaten u. städt. Krankenpflegebeschäft. Personen, insbesond. auch die Schwestern, am Sonnabend, 23. Okt., abends 7 Uhr.

im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Warum muß sich das Krankenpersonal organisieren?
(8445) Die Ortsverwaltung.

Prima fettes Rindfleisch
Hammelfleisch } Pfund
Prima Kalbfleisch } 10 Mark
Frisch Gehacktes } (8440)
Hundertknochen } Pf. 1 Mk.
Kauw. Kinder, Schweine, Hammel, Kalber, Hasen, Süßwaren 83, 85, Feuers: 8514.

Regenmäntel

Gummi! Loden!
Grosse Auswahl!
Billige Preise!

Sporthaus Paul Gaßmann

Mühlentstraße 34.
Herbstkatalog unentgeltlich. 8412

Achtung! Raucher! Achtung!

Zigarren von 50, 60 Pfg. an.
Shag von 6.50-11 Mk.
Tabak 100 g v. 3.80-7 Mk.
Zigaretten bekannter Firmen von 15 Pfg. an usw.
M. Tews & Stoss jr. (8407) Markt 31

Volkshochschule.

Sonnabend, 23. Okt. 1920, abends 7 Uhr, im Lehrerseminar: Sitzung des Honorar-Ausschusses, abends 8 Uhr, im Johanneum: Vortrag Dipl.-Ing. M. Hoffmann: Wassererzeugung und Abwasserreinigung von Einzelgrundstücken und Siedlungen. (8449)

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands

Zahlstelle Lübeck. 8417

Einladung zum 35. Stiftungsfest,

abgehalten in Ball, am Sonnabend, d. 23. Okt., im Gewerkschaftshaus. Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr. Eintritt für Herren 3.- Mk., Damen 2.- Mk. Hierzu ladet freundlichst ein Das Komitee.

Sparklub „Trave“.

Grosser Ball

am Sonnabend, d. 23. Oktober im Gesellschaftshaus „Marli“. Anfang 6 1/2 Uhr. (8454) Der Festausichau.

Spar-Klub „Einsegl“.

Grosser Ball

am Sonnabend, 23. Oktober, im Lokale „Einsegl“. Bandonion-Musik. (8446) Anfang 7 Uhr.

Morgen Sonnabend

Ball im Kolosseum

d. Post- u. Telegraphenbedienteten. Zentralhallen Morgen Sonnabend: (8458) Großer Ball.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Einladung zum Herbstball

(Geschlossene Gesellschaft) verbunden mit Preischießen am Montag, dem 25. Oktober 1920, im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. Anfang 6 1/2 Uhr. (8441) Das Komitee.

Sparklub Weihnachtsfreude v. 1912

Großer Ball

am Sonnabend, dem 23. Oktober im Konzerthaus Flora
Herrentarte 3 Mk., Damentarte 2 Mk. Anfang 6 1/2 Uhr. (8457)

Zur alten Post, Moisling.

Sonntag, den 24. Oktober: Großes Preischießen

in Handhaltungs-Gegenständen. 8415
1. Preis Küchenbüfett und weitere 9 Preise.

Arbeiter-Bildungsverein Lübeck.

Vorstellung im Stadttheater

am Sonntag, dem 31. Oktober 1920 nachmittags 2 1/2 Uhr: Maß für Maß. Schauspiel von Shakespeare.

Karten sind ab Sonntag, dem 24. Oktober im Gewerkschaftshaus zu haben. (8442) Für Mitglieder werden Karten zu ermäßigten Preisen am Sonnabend, dem 23. Oktober, abends von 7-8 Uhr im Gewerkschaftshaus ausgegeben. Der Vorstand.

St.-Gertrud-Schweinegilde

Grosser Ball

am Sonnabend, dem 23. Oktober 1920 im Lokale (8451) Neu-Lauerhof. Anfang 6 1/2 Uhr.

Hierzu ladet freundlichst ein Das Komitee.

Kolosseum

Ball

Jeden Mittwoch und Sonnabend Anfang 6 Uhr Heinrich Ohde. (8418)

Adlershorst

Großer Ball.

Sonnabend, 23. Okt. 1. Luisevlust. Erster großer Familienball. Anfang 7 Uhr. (8420) Abonnenten können sich noch in die Liste eintragen lassen. Gäste herzlich willkommen. A. Mako.

Stadthallen-

Lichtspiele.

Täglich der Union-Welt-Film

Sumurun

6 Akte nach der Pantomime von Freksa. Mit eigens für diesen Film komponierter Musik von (8447)

Viktor Holländer. Verstärktes Orchester unter Leitung des bewährten Kapellmeisters Franz Zodel.

Sonntag, den 24. Okt. 3 Aufführungen

4, 6 und 8 Uhr. Täglich Vorverkauf bei Niemeyer, Breite Straße.

Gledermaus

8 Uhr (8428) im I. Stock sehenswerte Bar alle Mixedgetränke.

Hansa-Theater

Heute 7 1/2 Uhr: (8425) (8. Fr.-Ab. 8. S.-Ab. Ser. 11) Premiere Die Rindhoffs. Schauspiel in 5 Akten von Sudermann.

Sonnab. u. Sonnt. 7 1/2 Uhr Die Czardasfürstin. Operette in 3 Akten.

Sonnt. nachm. 3 1/2 Uhr, bei halben Preisen. Die kleine Kokotte. Die schöne Galathee. Kurmärker und Pikardo.

Stadttheater Lübeck.

Sonnab. B. C. u. 6. B. i. G. - Ab. Kindertragödie. 7 Uhr. Sonntag. Faustzeit. I. Schül. 1919/20. Morgenfeier. 11 Uhr. 2. Fremdenvorstell. 2.15 Uhr. Rose Bernd. Kart. a. d. Raff. Cavalleria. Bajazzo. 7 1/2 Uhr. Dienst. B. C. u. 6. B. i. G. - Ab. Lobetanz. 7 U. (8494)

U. S. V. und K. P. D.

Die unabhängige Zeitung in Frankfurt am Main, das „Volksrecht“, schreibt: Laut jubelt die Reaktion! Was sie niemals vermocht hätte, das haben in sinnloser Verblendung pseudorevolutionäre Maulhelden vollbracht! Es ist nicht nur die Partei zertrümmert, es ist auch die sie beschönernde Idee geschändet worden. Was ein neulinks kommunistischer Idiot fürzuzug zur Begründung seiner Moskausehnsucht in der „Freiheit“ schrieb: „Fort mit dem reaktionären wissenschaftlichen Sozialismus, das ist das Leitmotiv der Hallenser Parteitagmehrheit gewesen. Alle Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus, alle ernstlichen Erfahrungen der Arbeiterbewegung mißachtete ihr Fanatismus! Die Gaullerpolitik der Kommunisten konnte jetzt ihr Ziel nur erreichen, weil einige Herostreten in der eigenen Partei sie mitmachen, um zur Befriedigung ihres persönlichen Ehrgeizes eine Rolle spielen zu können, zu der sie weder Fähigkeit noch Charakter berufen machen. Wir brauchen nur an jenen

Maulrevolutionär Kurt Geyer zu erinnern, der sich während der Kappjage in einem Frankfurter Vorort verlor und Romane las, während das Leipziger Proletariat, in dessen Reihen er festhalten mußte, im heißen Kampf sein Blut vergoß.

Die Spaltung der Unabhängigen wird auf deren Volkstammeraktion in Sachsen nicht zurückzuführen, da sämtliche Mitglieder dem rechten Flügel angehören. Auch die Haltung der Unabhängigen „Dresdner Volkszeitung“ bleibt die frühere, da die Mehrheit der Unabhängigen des Dresdner Bezirks rechts stehen, doch soll die Kandidatenliste für die Landtagswahlen geändert werden.

Wie der „Vorwärts“ erfährt, ist im Betrieb der „Freiheit“ ein eigenartiger Konflikt ausgebrochen. Das technische Personal steht überwiegend auf Seiten Moskaus und weigert sich, Versammlungsanzeigen für die rechte Richtung herzustellen. In der Donnerstag-Abendnummer der „Freiheit“ klappt bereits in der Rubrik „Aus den Organisationen“ eine weiße Lücke.

Die Redaktion der Erfurter „Tribüne“ hat beschlossen, auf die Mitarbeit des Redaktionsmitgliedes und Reichstagsabgeordneten Mehrhof zu verzichten. Mehrhof hat die Annahme der Moskauer Bedingungen bekämpft. Die „Freiheit“ sagt, im Lager der Erfurter Parteikommunisten (Spartakusbund) beobachtet man die Vorgänge in der Redaktion der dortigen Neukommunisten mit einem weinenden und einem lachenden Auge. Die Erfurter neukommunistischen Führer seien von jeher mit einem politischen Laster behaftet gewesen. Wenn wichtige politische Fragen auftauchen, dann waren die Neukommunisten in der „Tribüne“ stets „ein bißchen dafür“ und „ein bißchen dagegen“. Sie pakteten dann schließlich die Einstellung der Segel dem stärksten Windzuge an.

In der unabhängigen „Sagener Volksstimme“ schreibt der zur rechten U. S. V. gehörende Redakteur Stemmer: „Die 21 Thesen sind kein Prüfstein für den einzelnen. Wir haben in den Kapp-Tagen einen besseren Prüfstein gehabt: wer Sozialist der Tat ist und wer Phrasendrescher war.“ — Wir nehmen das an. Dann muß aber gesagt werden, daß die Kapp-Lage auch als Prüfstein für die Sozialdemokratie zu gelten haben. In diesen Tagen hat sich deutlich genug gezeigt, daß die Sozialdemokratie im Kampfe gegen die Reaktion im Vorderen stand. Der Berliner Generalstreik, an dem die Kapp-Regierung zugrunde ging, war in erster Linie ihr Werk. Die Sozialdemokratie war die erste Partei, die zum Generalstreik aufrief, während die Unabhängigen, wie Roenen auf dem Hallenser Parteitag bezeugt hat, in stundenlangen Diskussionen zu keinem Resultat kommen konnten und die Kommunisten ursprünglich gegen den Generalstreik waren, dann, als er trotzdem mit ungeheurer Wucht einsetzte, sich zunächst für neutral und erst, als er offensichtlich zum Siege führte, für den Generalstreik erklärten. Obwohl von unabhängiger Seite also die Kapp-Tagen als Prüfstein zugestanden werden, bekommt es der rechts-unab-

hängige Parteivorstande Crispian in einem Leitartikel der „Freiheit“ fertig, die Sozialdemokratie wieder in der üblichen Weise als „national-sozialer Reformpartei“ usw. zu beschimpfen. Crispian sollte doch noch in frischer Erinnerung haben, wie er selber und sein Kumpel eben erst in Halle von Sinowjew „Agenten des Kapitals“ und „Verfechter der bürgerlichen Ideologie“ tituliert worden sind. Aber ihm kommt es eben nur auf die schriftstellerische Dekorationsmalerei an. Die alten Schimpfereien müssen fortgesetzt werden, wenn sie sich auch noch so bitter an ihren Urhebern gerächt haben.

ER an Seiner Majestät getreue Diener.

Die Mannheimer „Volksstimme“ druckt den Wortlaut eines Offizierpatents ab, das gegenwärtig, d. h. zwei Jahre nach Konstituierung der deutschen Republik an über 4000 Offiziere verfaßt wird. Das Patent mit seinem wunderbaren Hofdeutsch lautet:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen usw. tun kund und fügen hiermit zu wissen: Nachdem Wir resoliert haben, den (militärischen Rang) der Landwehr außer Dienst zu setzen im (Name) wegen seiner guten Eigenschaften und erlangten Kriegskennnisse zum (in Gnaden zu ernennen und zu bestellen so tun Wir solches auch hiermit und in Kraft dieses Patents dergestalt: daß Uns und Unserem königlichen Haupte derselbe ferner getreu, hold und gehorsam sein, Unserem Nutzen und Befehl überall nachgeben und befehlen, Schäden und Nachteile vermeiden, warnen und abwenden, was ihm von seinen Vorgesetzten aufgetragen und anbefohlen wird, bei Tag und Nacht, zu Wasser und zu Land, mit Fleisch und Applikation ausführen, auch bei vorkommenden Kriegsgefahren mit Willigkeit und ungeschönter Daransetzung seines Leibes und Lebens sich ferner dergestalt verhalten und betragen solle, wie es einem getreuen Diener und rechtschaffenen kriegerischen Offizier eignet und gebührt, auch dessen Eidespflicht er gemäß ist. Dagegen wollen Wir Unserem nunmehrigen (Rang und Name) bei diesem Dienstvertrage und allen damit verbundenen Privilegien und Gerechtigkeiten jederzeit in Gnaden schützen und unterstützen.

Des zu Urkund haben Wir dieses Patent Eigenhändig unterschrieben und mit Unserem Insegel bedrucken lassen. So geschehen und gegeben: Großes Hauptquartier am 22. Oktober 1920. (Insegel.)

Das verrückte Dokument, das in dem Narrenstil abgefaßt ist, der im kaiserlichen Deutschland Ehrensache war, ist zunächst ganz amüsant. Wir verlangen aber vom Reichswehrminister Auskunft darüber, wer den Witz bezog. Etwas das Reich? Der Standaß wäre schon der Gipfel der Unverschämtheit, die unter Geylers Duldung geschehen. Wenn Wilhelm den Druck, die Versendung und das Porto bezahlt, so wäre das ein Beweis dafür, daß er sich vom Ausland aus, des Hohverrats gegen die Republik schuldig macht. Denn wenn er sich heute noch als König bezeichnet und Gehorsam von den Offizieren fordert, dann macht er den Versuch, einen Staatsstreich vorzubereiten. Nun ist die Konfiskation des Vermögens von Hochverrätern durch das nach dem Kapp-Putsch angenommene Gesetz vorgeschrieben. Der Streit darüber, ob Wilhelm sein beschlagnahmtes Vermögen herauszugeben will, käme dann unseres Erachtens ohne weiteres in Wegfall. Das wäre ein Nutzen, den das deutsche Volk aus Wilhelms letzter Annahme ziehen könnte.

Aus dem Freistaat Cübed.

Freitag, 22. Oktober.
Gefährliche Wege. In der Bevölkerung ist immer noch, wie uns geschrieben wird, die Meinung verbreitet, daß neben den amtlichen Anstalten auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge nichtamtliche Stellen tätig sind, die sich einen Einfluß auf die Entscheidungen des Amtes zu verschaffen wissen. Nicht selten

wird auch der Versuch gemacht, solche unverantwortlichen Stellen auf die eine oder andere Weise für die Beschaffung einer Wohnung zu gewinnen. Die Wohnungssuchenden können nicht dringend genug vor solchen Wegen gewarnt werden, die sie sicherlich nicht zum Ziele führen und die ihnen nur Ungelegenheiten einbringen können. Auch die Erörterung dieser Dinge, ohne greifbares Material zur Hand zu haben, bringt die Gefahr schwerer Bestrafung mit sich. Wer aber greifbares Material in Händen zu haben glaubt, dessen staatsbürgerliche Pflicht ist es, dieses Material sofort der zuständigen Stelle — in diesem Falle dem leitenden Sachbeamten des Wohlfahrtsamtes — mitzuteilen, damit gegen etwa vorhandene Mißstände sofort eingeschritten werden kann. Die jetzige, leider vielfach verbreitete Gepflogenheit, allgemeine die Beamten und Anwälte eines schwierigen behördlichen Arbeitszweiges zu verächtigen, ist unverantwortlich und kann nur dazu führen, gerade den besten Kräften ihre Arbeit zu verleidern.

Der Arbeiterbildungsverein hielt am Donnerstag seine Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende, Genosse Schermer, erstattete den Jahresbericht und führte aus: In dem verfloffenen Vereinsjahre war die Tätigkeit innerhalb des Vereins eine sehr geringe. Diese Untätigkeit ist einmal auf die angespannte politische Inanspruchnahme der Mitglieder durch die Reichstagswahlen, dann aber auch auf die Volkshochschule zurückzuführen. Im verfloffenen Jahre wurden die Sitzungen neu bearbeitet und auf der Jahresversammlung vorgelesen und genehmigt. Die Eintragung des Vereins wurde beschleunigt und ist in Kürze zu erwarten. Die Theaterfrage wurde neu beraten. Am 12. Juni hielt Genosse Schermer einen Vortrag: „Am Steinhorster Forst“. Der Vortrag lehrte sich aus folgenden Mitgliedern zusammen: Schermer, 1. Vorsitzender, W. Antkather, 2. Vorsitzender, W. Antke, Kassensührer, C. B. Schmitt, Schriftführer. Eine besondere Freude war es dem Vorstand, dem langjährigen Vorsitzenden Johannes Steiling die Ehrenmitgliedschaft darzubieten zu können. Eine Radtour von Gimmern wurde ihm im Namen des Vereins überreicht mit der Bitte, uns ein freundliches Gedenken zu bezeichnen. Die Ehrung wurde mit herzlichster Freude angenommen. Mit dem Stadttheater wurden für den Winter 1920/21 15 Vorstellungen abgeschlossen; ebenfalls sind neue Veranstaltungen mit besonderen Vorteilen für die Mitglieder in Aussicht genommen. Es ist aber notwendig, daß der Besuch derselben sich hebt, damit wir für die Zukunft ebenfalls bieten können. Der Arbeiterbildungsverein hat trotz der Volkshochschule auch in Zukunft große Aufgaben zu erfüllen. Er wird diesen Verpflichtungen aber nur dann gerecht werden können, wenn eine genügend große Anzahl Mitglieder für die idealen Ziele strebt und darum heißt es, immer neue Mitglieder werben. Unsere Hauptaufgabe ist, die geistigen Kulturgenüsse unseres Volkes allen zugänglich zu machen. Im Punkt 2 gab Genosse W. Antke den Kassensbericht. Einer Einnahme von 905,62 Mk. steht eine Ausgabe von 7861,50 Mk. gegenüber, jedoch ein Kassensbestand von 1189,12 Mk. verbleibt. Die bisher stattgefundenen Theaterveranstaltungen waren nicht genügend besucht und hatte der Verein erhebliche Zuschüsse zu leisten. Als Hauptgrund ist wohl der frühe Beginn dieser Spielzeit anzusehen, doch steht zu erwarten, daß für die kommenden Vorstellungen im Winter der Besuch ein besserer wird. Sodann berichtete Genosse Schermer über den Volksbildungstaa in Berlin. Als Hauptziel sei dort die Weiterbildung in der Volkshochschule anerkannt. Zu dem Vortrage des Professors Bruner über das Lichtspiel, brachte Nebner folgenden Antrag ein: Der Arbeiterbildungsverein ersucht das Volkstheater, zwei seiner Mitarbeiter in den Ausschuss zur Prüfung und Überwachung der Lichtspieltheater hinzuzuziehen. Der Antrag fand einstimmige Annahme. Auch der Vortrag des Pastors Tiedge über Bildungsgerechtheit und Volkshochschule wurde vom Nebner näher erläutert. Nebner gab ein genaues Bild über die Teilnehmer der Volkshochschule und wies darauf hin, daß die Volkshochschule und Volkshochschule sich ergänzen sollen. In der Debatte sprachen mehrere Redner zum Lichtspielgesetz. Es wurde beschlossen, alle Monat einen Vortrag zu halten und hierzu hauptsächlich auswärtige Redner, die bekannt sind, heranzuziehen. Die Vorträge sollen durch Besichtigungen ergänzt werden. Im Punkt 3: Wahlen, wurde der Vorstand in seiner bisherigen Zusammenstellung einstimmig wiedergewählt. In den Winterveranstaltungen wird ein reger Besuch der Vorträge und Besichtigungen gewünscht. Für die Mitglieder des Vereins wurden folgende Veranstaltungen beschlossen: Die Mitglieder haben für die Theaterart die Schauspiel 30 W. und bei Oper 50 W. Ermäßigung, bei Vorträgen und sonstigen Veranstaltungen zahlen sie halbe Eintrittspreise. In Aussicht genommen wurde ein Lichtbildvortrag für Erwachsene und einer für Kinder von Fr. Kottmann (Berlin),

Jesus von Holtshausen.

Roman von Wilhelm Lennemann.

25. Fortsetzung. Nachdruck verboten.
Sein Tag war ohne Sonne und frohe Aussicht auf ein freundliches Sichauswirken. Die Unruhe in ihm wuchs und quälte und materie ihn, sie machte seine Augen blind für Sommer und Sonne, sie verzehrte und zermürbte seine Kraft; und da waren genug Stunden, da seine Seele jag und mutlos wurde.
Aber er wollte nicht umsinken, nicht seinen Widersachern das Schauspiel eines Zerfallenen und Haltlosen geben, der von den Nöten zerrieben wurde und elendiglich verdarb.
Dann straffte er sich auf, peitschte seinen Stolz und seinen Willen wach, daß er wieder hoch stand und gerüstet zu neuem Kampf. In solchen Stunden ging er wohl in seine Waldberge. Sie verebten in ihm die Unruhe und den Sturm, wildes Aufbegehren und freudlose Brandung und mehrten und stärkten in ihm Mut und Hoffnung und gläubiges Vertrauen auf die Kräfte, die in ihm waren und durch ihn gingen.
Ich blühe ja kaum, sagte er sich da wohl, die Welt muß mich erst reifen, wie kann ich verderben. Noch wurdete ich in meiner heimatischen Erde, noch blaut der Himmel über mir, ich brauche nur Herz und Augen zu öffnen, und alle ihre Kräfte durchströmen mich. Die Erde läßt mich nicht! danke er, wie könnte auch eine Mutter ihr Kind von sich geben.
Und doch blies bei aller starken Zuversicht eine Einlamkeit um ihn und seine schone Abgeschlossenheit, die allem Lärm und den Menschen auswich, und an ein Leben in schattiger Verborgenheit sein Gemüte fand.
Seine Mutter sah, wie er sich verzehrte. — Ihr habt Obdach und Brot, tröstete sie ihm, und du hast zwei Hände; es wird sich schon einmal Arbeit finden.
Er half indes dem Vater beim Fischfang, ja lag ihm zeitweise allein ob, da der Alte immer hilfloser wurde.
Auch schrieb er kleine, pädagogische Artikel für seine Lehrerzeitung. Und da er dann einmal die Feder in der Hand hatte, veruchte er auch, das, was ihn namentlich bewegte und beunruhigt hatte, sein Sünden und Ängsten um Gott, schriftlich niederzulegen. Aber keine der ihm bekannten Zeitungen mochte den Aufsatz annehmen; da warf er ihn mühsam in sein Schreibpult.
Im Dorf hatte er nur bei wenig Bauern Mitleid erregt; durchweg fand man seine Absehung gerechtfertigt.
„Der Herrgott sorgt schon, daß keine Bäume nicht in den Himmel wachsen, nun mag er leben, wie kein Gott ihm hilft, der Jesus!“

Und wurde von ihm gesprochen, so geschah es nur noch unter diesem Namen; aber da klang dann kein Ton der Anerkennung und hochachtender Ehrerbietung mehr mit.
Der Jesus hatte keine Kraft und Würde mehr, der war unter Wasser gestochen, konnte nicht mehr raten und weisen; der mußte froh sein, wenn er auf den ertlichen Kriegen durch den Tag kam. Wer so schamlos gehuehelt und gekreuzt und mit der Lüge und Sünde im Herzen Moral und Stillschick und die strenge Nachfolge Jesu gepredigt, der hatte keinen Anspruch auf ihre Hilfe und ihr Mitleid. Der war ein offensichtlicher Betrüger und wer ihn mied und ihm aus dem Wege ging, der tat recht daran.
Auch der Korvestführer will nichts von ihm wissen! sprachen sie ihrer Lieblosheit Mut zu. Und darin mochten sie wohl recht haben; denn der Bauer betrat das Haus des Fischers und die Wohnung des Lehrers nicht; und auch der nied daraußhin den bäuerlichen Hof. Wohl ging seine Frau zu den Eltern, und er hinderte diese Besuche nicht. Aber auch zu ihr war der Vater unwirsch und verdrissen, und sie flüchtete in ihrer Bangnis zumest zu der Mutter. — Ein enges, liebes Band schlang sich nicht von Haus zu Haus.
Das waren schwere, trübe Zeiten für das junge Paar; denn auch die Frau litt und blutete.
Wärst du nicht an mich gebunden, klagte sie, so würdest du in die Weite gehen können; Brot für dich würdest du schon finden; unten auf der Leiter ist immer schon noch ein Plätzchen frei; und ich weiß nicht, du würdest schon in den Jahren wieder hoch steigen! Aber die dörfliche Enge muß dich zermürben!
Dummerchen du, scherzte er, gerade weil du bist, habe ich Kraft und Ausdauer. Vielleicht muß ich mir einen eigenen Weg bauen; und da sollst du mir dann treu zur Seite stehen!
In diesen Tagen fiel ihm ein alter Volkssalender in die Hände. Er blätterte, er las darin. Da waren kleine Erzählungen, frisch und lebendig aus dem Volksleben geschöpft, Aufsätze über Bauern- und Dorfkultur, aus Geschichte und Heimat. Gleich fielen ihm seine Vorträge ein, die er an den Volksabenden gehalten. Und kurz entschlossen packte er zwei und sandte sie dem Verlag mit der Bitte zu, sie zu prüfen und ihm danach zu sagen, ob ihm kleinere Arbeiten ähnlicher Art für seinen Kalender lieb seien.
Inzwischen veruchte er sich auch an kürzern Novellen. Da waren genug Geschichten, die im Dorfe rund liefen, tragische und lustige, die einmal die stillen Wasser des bäuerlichen Lebens aufgewühlt hatten, und die nur geschickt und treu gefaßt zu werden brauchten. Und er war ja selbst Dörfler, kannte ihre Licht- und

Schattenseiten; er wußte wohl, daß diesen Geschichten nur eine wahrhafte und lebensgetreue Darstellung ohne städtische Färbung oder idealen Aufputz Leben geben konnte. So schrieb er in den nächsten Tagen und Wochen fleißig. Mit der weichen Geschichte des alten Bürgers, den die Liebe zu Heimat und Scholle in den Tod getrieben, machte er den Anfang.
Dann bekam er Antwort von dem Kasenderverg. Der hatte die Arbeiten mit Interesse gelesen und ermunterte ihn zu unerschöpflichen Einblendungen kleinerer Artikel. Da kürzte er den einen der vorgelegten, schrieb einen zweiten dazu und ließ diese beiden und zwei Erzählungen wieder an den Verlag abgehen.
Und da er das getan, meinte sein froher Mut schon, der Not ein paar Zoll Boden abgewonnen zu haben. Und als dann gar in den nächsten Tagen das erste spärliche Honorar seines Lehrerblattes einlief, glaubte er, nun müßte es fleißig bergan gehen, und der Tag könne nicht mehr fern sein, da die Sorge von ihm lasse.
„W!“ was man hofft und wünscht, glaubt ja das Herz so gern. — Und sein Herz ward stärker und gläubiger, flehender und froher.
Wenn er nun über die Bitternis der vergangenen Tage nachdachte, geschah es ohne Trübung eines gerühigen und gerechten Nachsinnens. Ja, er sprach sich nicht mehr davon frei, dem Pfarrer gegenüber zu barock und selbstbewußt aufgetreten zu sein.
„Dünkel!“ hatte der es genannt; nein, das war's doch wohl nicht gewesen; aber Bescheidenheit, wie sie von ihm, dem Jüngeren, der den Bauern christliche Demut und genügsames Bescheiden gelehrt hatte, wohl erwartet werden konnte, war's auch nicht gewesen. Ein wenig Trost war wohl auf beiden Seiten aufgeschaffen, und hatte ihrem störrischen und rechtshaberischen Sinn die Mäßigkeit gegenseitigen Verständnisses und Sich-Nähern genommen. Sie hatten Dornenbüschel zwischen sich gebaut, über die hinweg sie einander nicht mehr hatten erkennen können.
Es freute ihn fast, diese schuldbige Erkenntnis gewonnen zu haben; je gerechter er die Schuld abwog, um so verständlicher wurde er mit seinem Geschick.
Aber diese Still- und Formfehler hätten doch letzten Endes die Katastrophe nicht hindern können, das hätten nicht einmal religiöse Konzeptionen vermocht, da hätte es schon der völligen Unterwerfung unter das kirchliche Dogma bedurft. Und daß er da seinen Nadeln nicht beugt hatte, das teute ihn nimmer!
An dem Tage, da diese Erkenntnis in ihm reifte, genoh er nach langen trüben Wochen zum ersten Male wieder den erquickenden Frieden des Sommerabends. Eine starke Gewißheit wuchs in ihm, daß er doch noch einmal wie wieder hohen Hauptes durch seinen Tag schreiten könnte. Und er meinte etwas von dem Segen der Not zu spüren, darum er in Bitternissen gerungen, Fortsetzung folgt.

